

## Plan zum Wiederaufbau und Katastrophenschutz

Am 9. Februar 2009 wurde ein von Vertretern der Regierung von Burma, den Vereinten Nationen und der ASEAN in Auftrag gegebener Rahmenplan zum Wiederaufbau und Katastrophenschutz im Irrawaddy-Delta verabschiedet («Post-Cyclone Nargis Recovery and Preparedness Plan», kurz PONREPP). Dort hatte im Mai 2008 der Zyklon Nargis zu schweren Verwüstungen geführt und mindestens 138.000 Menschenleben gefordert. Dieser Plan soll den strategischen Rahmen für den Wiederaufbau in den nächsten drei Jahren darstellen und so zu einem Aufbau einer Lebens- und Existenzgrundlage in den betroffenen Gebieten führen. Insgesamt sollen rund 544 Millionen EUR (700 Millionen US\$) ausgegeben werden. Die Europäische Kommission unterstützt die Wiederaufbaumaßnahmen finanziell.

vgl.: Europäische Kommission IP/09/231, 9.2.2009

## Mögliche Änderung in der US-Außenpolitik

Die neue US-Außenministerin Hillary Clinton sagte während ihrer Asienreise, dass die wirtschaftlichen Sanktionen der letzten zwanzig Jahre gegenüber Burma durch die westliche Welt nicht den erwünschten Druck auf die Militärregierung des Landes ausgeübt hätten. Die Einschränkung von Hilfslieferungen habe die burmesische Junta eher gestärkt als geschwächt. Clinton kündigte Veränderungen in der US-amerikanischen Politik gegenüber Burma an und schloss eine Lockerung der Sanktionen nicht aus. Allerdings könnte solch ein Vorhaben zu Widerstand im Kongress führen, da mehrere der Abgeordneten gerade im letzten Jahr noch unter der Bush-Regierung für härtere Boykottierungen im wirtschaftlichen Bereich gestimmt hatten.

vgl.: Washington Post, 18.2.2009

## UN-Menschenrechtsbeauftragter zu Besuch

Der UN-Menschenrechtsbeauftragte für Burma, Tomás Ojea Quintana, besuchte vom 14. bis zum 19. Februar 2009 das Land, um sich ein Bild über die Menschenrechtssituation seit seinem ersten Besuch im August 2008 zu verschaffen, Verantwortliche zu treffen, Gespräche mit politischen Gefangenen zu führen und deren Freilassung zu fordern. Zunächst reiste er in den Karen-Staat und traf im Gefängnis von Hpa-an den 28jährigen Blogger Nay Phone Latt, der zu einer zwanzigjährigen Haftstrafe verurteilt worden war, da er in seinem Blog auf die schwierigen Lebensbedingungen in Burma hingewiesen und sich kritisch über das Regime geäußert hatte. Darüber hinaus führte Quintana Gespräche mit Führern von oppositionellen Gruppen ethnischer Minderheiten. Einen Tag später sprach er in Rangun mit ausländischen Diplomaten und besuchte weitere politische Gefangene im Insein-Gefängnis. In der burmesischen Hauptstadt Naypyidaw führte er Gespräche mit hohen Regierungsbeamten, allerdings fand weder mit Oppositionsführerin Aung San Suu Kyi

noch mit Seniorgeneral Than Shwe ein Treffen statt.

Nach Informationen von Amnesty International hat sich die Zahl der politischen Gefangenen in Burma gegenüber dem Jahr 2007 auf etwa 2.100 verdoppelt. In den letzten sechs Monaten wurden über 300 politisch Andersdenkende zu Haftstrafen verurteilt, darunter auch zu hohen Strafen bis zu 65 Jahren Gefängnis. Gerade am Vortag von Quintanas Besuch verlängerte die Junta den Hausarrest von U Tin Oo, dem stellvertretenden Vorsitzenden der Oppositionspartei Nationale Liga für Demokratie (NLD), um ein Jahr und verurteilte zwei weitere Parteiaktivisten zu 15 Jahren Haft. Laut Quintana habe sich die Menschenrechtssituation im Land kaum verbessert, dennoch sehe er »positive Zeichen« bei einem Gespräch mit dem burmesischen Innenminister im Bezug auf die Freilassung politischer Gefangener. Ende März wird Tomás Quintana vor dem UN-Menschenrechtsrat Bericht erstatten.

vgl.: Reuters, 18., 19.2.2009; Bangkok Post, 18.2.2009

## Exilregierung NCGUB wieder gewählt

Burmas Exilregierung *National Coalition Government of the Union of Burma* (NCGUB) hat die meisten ihrer Kabinettsmitglieder, darunter auch den Premierminister Dr. Sein Win, auf einer Parlamentsversammlung Ende Januar 2009 in Irland wieder gewählt. Die Exilregierung besteht aus sieben Kabinettsministern, von denen drei einer ethnischen Minderheit angehören. Die *Members of Parliament Union* (MPU), als Parlament der Exilregierung im Jahre 2000 in Dublin gegründet, hat das Recht die Regierung zu wählen und zu verändern. 32 gewählte

Abgeordnete bilden das Parlament. Die NCGUB wurde 1990 in Manerplaw, Karen-Staat, auf der Grundlage der Wahlergebnisse gebildet, bei denen die *Nationale Liga für Demokratie* (NLD) 80 Prozent der Sitze gewonnen hatte. Das Wahlergebnis wurde allerdings nicht anerkannt. Im Hinblick auf die von der burmesischen Junta geplanten Wahlen 2010, fordern NCGUB und NLD eine neue Verfassung. Zum jetzigen Zeitpunkt hat die NLD nicht vor an den Wahlen teilzunehmen.

vgl.: Irrawaddy, 26.1.2009

## Entlassungen

Kurz nach dem Besuch des UN-Menschenrechtsbeauftragten Quintana in Burma kündigte die burmesische Militärregierung die Freilassung von 6.313 Gefangenen an. Allerdings seien darunter nur wenige politische Gefangene, betonten Menschenrechtsgruppen. Laut staatlichen Medien werden die Gefangenen aufgrund von guter Führung entlassen und um ihnen die Teilnahme an den Wahlen 2010 zu ermöglichen. Etwa 24 der bereits entlassenen Häftlinge wurden

laut der *Assistance Association for Political Prisoners* (AAPP) als politische Gefangene identifiziert, unter ihnen auch Mönche, die 2003 inhaftiert wurden und der Oppositionspolitiker Zaw Myint Maung, der bei Wahlen 1990 gewählt wurde. Allerdings scheinen keine der kürzlich inhaftierten und zu langen Haftstrafen verurteilten Aktivisten, Blogger, Anwälte und Komödianten entlassen worden zu sein.

vgl.: Financial Times (UK), 23.2.2009; Irrawaddy, 24.2.2009

## Bojkottbruch: Dänemark und Norwegen

Entgegen dem gemeinsamen Beschluss der Europäischen Union, keine höheren Staatsdiener nach Burma zu schicken, reisten am 21. Januar 2009 Dänemarks Ministerin für Entwicklungszusammenarbeit und Norwegens Minister für Entwicklung und Umwelt nach Burma. Sie sind somit die ranghöchsten Politiker Europas, die seit mehr als 20 Jahren das Land besuchen. Die beiden Minister trafen Vertreter der Myanmar Red Cross Society und besichtigten die Wiederaufbaumaßnahmen in den durch den Zyklon Nargis zerstörten Gebieten. Laut Norwegens Minister Erik Sol-

heim sei die humanitäre Hilfe zum Wiederaufbau erfolgreicher gewesen als zuvor angenommen. Dennoch gäbe es immer noch Gebiete, die dringend weitere Unterstützungsmaßnahmen benötigten.

Grundlegend hierfür sei die Gewährleistung des Zugangs für Hilfskräfte.

Kritisiert wurde der Besuch der skandinavischen Minister, da er als Anerkennung des burmesischen Regimes gewertet werden könnte.

Obwohl Norwegen nicht Mitglied der Europäischen Union ist, richtet sich das Land nach den Beschlüssen der EU.

vgl.: ScandAsia, 6.2.2009

## UN-Sondergesandter Gambari in Lande

Vom 31. Januar bis zum 3. Februar 2009 besuchte UN-Sondergesandter Ibrahim Gambari zum siebten Mal Burma mit der Absicht die Junta zur Freilassung der politischen Gefangenen zu bewegen, über die marode Wirtschaft des Landes zu sprechen und den Dialog mit der Oppositionsführerin Aung San Suu Kyi wiederzubeleben. Vermutet wird außerdem, dass Gambari die Lage für einen Besuch des UNO-Generalsekretärs Ban Ki Moon selbst überprüfen sollte. Dieser hatte zuletzt einen Besuch abgelehnt, solange keine messbaren Ergebnisse zu erwarten seien.

Gambari traf sich mit Premierminister General Thein Sein und

auch mit Aung San Suu Kyi und anderen Mitgliedern der *Nationalen Liga für Demokratie* (NLD). Ein Gespräch mit Juntaführer Seniorgeneral Than Shwe hingegen ließ sich zum wiederholten Male nicht einrichten. Aung San Suu Kyi forderte nach Angaben ihrer Parteikollegen während ihres Gesprächs mit Gambari, der UN-Generalsekretär Ban Ki Moon solle Burma erst besuchen, wenn das Militärregime die politischen Gefangenen freigelassen und den gegen sie selbst verhängten Hausarrest aufgehoben habe.

vgl.: Irrawaddy, 9.2. und 13.2.2009; Asian Tribune, 6.2.2009; Deutsche Welle, 2.2.2009

## Exportsteigerung und Nahrungsmangel

Auf Grund der großen Nachfrage aus Afrika und Bangladesch und des niedrigen Verkaufspreises ist der Reisexport Burmas im ersten Monat des Jahres 2009 stark gestiegen. Im Gegenzug hierzu steigt der inländische Reispreis weiterhin.

Premierminister General Thein Sein kündigte einen Reisexport von drei Millionen Tonnen jährlich an. Birmesische Landwirtschaftsexperten hingegen erwarten keine größeren Exportzahlen als bis zu zwei Millionen Tonnen, da die Reisproduktion durch die niedrigen Export-Preise eher zurückgehen wird. Bauern werden sich den Reisanbau nur leisten können, wenn sie auch daran verdienen, der Verkaufspreis also nicht zu niedrig ist.

Gleichzeitig leben laut einem am 22. Januar 2009 veröffentlichtem Bericht des World Food Program und des Ernährungsprogramms der Vereinten Nationen mehr als fünf Millionen Menschen in Burma unterhalb der Armutsgrenze nach der Ernährungsrichtlinie (food poverty line). Die Bevölkerung in mehreren Gebieten Burmas, insbesondere im Irrawaddy-Delta, welches am stärksten vom Zyklon Nargis im Mai 2008 getroffen wurde, ist von Missernten betroffen und so auf Nahrungsmittelhilfe angewiesen. Im Chin-Staat starben bereits 30 Kinder wegen einer Hungersnot, die auf eine Missernte durch einer Rattenplage seit Dezember 2007 zurück zu führen ist.

vgl.: Irrawaddy, 13.2.2009